Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8759**

17. Wahlperiode 28. 02. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Oliver Krischer, Dr. Valerie Wilms, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/7956 –

Schlechte Treibhausgasbilanz von Kraftstoffen aus Teersanden bei der Umsetzung der Kraftstoffqualitätsrichtlinie berücksichtigen

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf zur Konkretisierung der Regelungen von Artikel 7a der Kraftstoffqualitätsrichtlinie zu unterstützen, und dabei für eine differenzierte Betrachtung der Lebenszyklustreibhausgasemissionen von Kraftstoffen einzutreten. Insbesondere soll die Bundesregierung die Unterscheidung zwischen Benzin und Diesel aus konventionellen Quellen (Rohöl) und unkonventionellen Quellen (Gas, Kohle, Teersand und Ölschiefer) unterstützen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei drei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurde im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/7956 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende und Berichterstatterin

Dr. Michael Paul
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Oliver Krischer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Michael Paul, Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Oliver Krischer

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/7956** wurde in der 146. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Dezember 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Treibhausgasbilanz von Kraftstoffen aus Teersanden ist Gegenstand der Beratungen in Brüssel zur Umsetzung von Artikel 7a der Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen (2009/30/EG), die seit dem 23. April 2009 in Kraft ist. Artikel 7a der Richtlinie verpflichtet die Kraftstoffanbieter in der EU dazu, die Lebenszyklustreibhausgasemissionen der von ihnen gelieferten Kraftstoffe zwischen 2010 und 2020 um 6 Prozent zu senken. Die Europäische Kommission hat den nationalen Regierungen am 4. Oktober 2011 einen Vorschlag für die Berechnung der Lebenszyklustreibhausgasemissionen fossiler Treibstoffe vorgelegt. Dieser Vorschlag sieht unter anderem vor, die Berechnung der Treibhausgasemissionen von Kraftstoffen auf der Basis des zugrunde liegenden Rohstoffs vorzunehmen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den von der Europäischen Kommission vorgelegten Entwurf zur Konkretisierung der Regelungen von Artikel 7a der Kraftstoffqualitätsrichtlinie zu unterstützen, und dabei für eine differenzierte Betrachtung der Lebenszyklustreibhausgasemissionen von Kraftstoffen einzutreten. Insbesondere solle die Bundesregierung die Unterscheidung zwischen Benzin und Diesel aus konventionellen Quellen (Rohöl) und unkonventionellen Quellen (Gas, Kohle, Teersand und Ölschiefer) unterstützen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7956 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7956 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/7956 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/7956 in seiner 62. Sitzung am 18. Januar 2012 diskutiert und in seiner 64. Sitzung am 8. Februar 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, mit der europäischen Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen werde der Blick auf die Treibhausgasbilanz von Kraftstoffen gerichtet. Diese unterscheide sich bei den CO_2-Emissionen pro Energiegehalt je nach Förderungsart um bis zu 30 Prozent. Infolge des hohen Ölpreises werde Öl aus unkonventionellen Quellen immer wirtschaftlicher. In Kanada werde der Teersandabbau massiv ausgeweitet. Dort sei eine Fläche von 80 000 km^2 von dieser Erdölgewinnung betroffen. Dabei werde eine zerstörte Landschaft hinterlassen, was unter Umwelt- und Biodiversitätsgesichtspunkten nicht zu akzeptieren sei. Die Europäische Union sei in hohem Maß von Erdölimporten abhängig. Wenn man die Klimaschutz- und Biodiversitätsziele ernst nehme, solle man darauf achten, dass solche Abbauformen nicht stattfänden.

Bisher habe die Bundesregierung trotz Nachfrage nicht mitgeteilt, ob sie die EU-Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen unterstütze. Deshalb beantrage man, dass die Bundesregierung sich in den weiteren Gesprächen auf europäischer Ebene klar für diesen Vorschlag positioniere. Die Qualitätsrichtlinie solle in geltendes Recht umgesetzt werden. Dies würde auf ein faktisches Importverbot von Ölprodukten aus Teersanden hinauslaufen.

Man habe den vorliegenden Antrag nach der ersten Beratung im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nicht abstimmen lassen, um im Gespräch mit den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eine gemeinsame Linie zu suchen. In der Sache sei man einer Meinung. Deshalb sei es bedauerlich, wenn vom Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit kein einheitliches Signal in Richtung der Europäischen Union ausgehe. Es werde wesentlich auf die deutsche Position ankommen. Wenn die Bundesregierung eine neutrale oder sogar bremsende Funktion einnehme, drohe die Richtlinie zur Qualität von Kraftstoffen zu scheitern. Es gebe kein deutsches Interesse an der Förderung von Öl aus Teersanden. Kein deutsches Unternehmen engagiere sich bei der unkonventionellen Erdölgewinnung in Kanada. Es wäre bedauerlich, wenn man nicht einmal bei diesem Thema zu einer gemeinsamen Linie komme.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, für eine vernünftige Klimaschutzpolitik müsse bei allen Produkten der gesamte Lebenszyklus in Blick genommen werden. Es komme nicht nur darauf an, wie das Produkt am Ende eingesetzt werde, sondern auch auf die Herkunft, die Gewinnung und den Transport. Insofern sei es völlig richtig, wenn in der Kraftstoffqualitätsrichtlinie für Mineralölprodukte festgelegt werde, dass der gesamte Lebenszyklus Berücksichtigung

finden müsse. Ebenso richtig sei es, dass auf dieser Grundlage eine sechsprozentige Absenkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahre 2020, verglichen mit 2010, erreicht werden solle.

Voraussetzung sei die Erstellung einer exakten Treibhausgasbilanz für jedes Produkt, bei der die gesamte Kette über die Produktion bis zum Einsatz berücksichtigt werde. Der Import von aus Teersanden hergestellten Mineralölprodukten habe in Deutschland und in der Europäischen Union nahezu keine Bedeutung. Trotzdem sei die Festlegung einheitlicher Kriterien innerhalb der Europäischen Union richtig. Anzustreben sei ein möglichst unbürokratisches Verfahren. Betroffene Unternehmen sollten nicht mit unverhältnismäßigen Berichtspflichten und bürokratischen Anforderungen überzogen werden. Der Vorschlag der Europäischen Kommission lasse an dieser Stelle eine Reihe von Fragen offen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beziehe sich ausdrücklich auf eine Unterscheidung zwischen konventionellen und unkonventionellen Quellen. Das gehe in der Sache fehl. So könnten Mineralölprodukte, bei denen das Öl aus konventionellen Quellen z. B. in Sibirien stamme, aufgrund der Gewinnung und des Transports eine erheblich schlechtere Treibhausgasbilanz haben, als Mineralölprodukte aus unkonventionellen Quellen. Im Antrag werde bereits in der Überschrift auf Kraftstoffe aus Teersanden abgestellt. Entscheidend seien aber die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus des Produkts. Es gehe nicht darum, ein einzelnes Land schlechter zu stellen. Man könne dem Antrag deshalb in der zur Abstimmung vorliegenden Form nicht zustimmen. Sinnvoller sei es, die weiteren Beratungen auf europäischer Ebene abzuwarten. Solange nicht klar sei, welcher bürokratischer Aufwand auf die Unternehmen zukomme, sei eine Festlegung im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu früh.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, noch sei der Anteil von Mineralölprodukten aus Teersanden innerhalb der Europäischen Union verschwindend gering. Es gebe aber in mehreren Ländern Planungen, die Förderung deutlich auszuweiten. Insofern gehe es bei dem vorliegenden Antrag nicht nur um Kanada, sondern auch um Venezuela, um den Kongo, um Russland und andere Staaten. Die CO_2-Bilanz im Bereich der Teersande sei drei- bis fünfmal so schlecht. In Kanada würden auf diese Weise zurzeit rund 1,2 Millionen Barrel Öl am Tag gefördert werden. Dabei entstünden 400 Millionen Liter Abwasser. Es sei richtig, wenn man dem massiven Ausbau dieser Förderung mit Regeln innerhalb der Europäischen Union entgegenwirke. Man solle Kanada dabei helfen, seine Klimaschutzverpflichtungen einzuhalten. Insbesondere vor dem Hintergrund der Debatte um den Ausstieg Kanadas aus dem Kyoto-Protokoll sei ein klares Signal der Bundesregierung in Richtung Kanada notwendig. Leider gebe es innerhalb der Bundesregierung keine abgestimmte Linie bei diesem Thema. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit würden sich gegenseitig blockieren. Am Ende werde sich die Bundesregierung aber entscheiden müssen, ob das aus Teersanden gewonnene Öl eine größere Rolle innerhalb der EU spielen solle oder nicht.

Es wäre vollkommen absurd, wenn man im Bereich der Kraftstoffe Mineralöle verwenden würde, die auf extrem umweltschädliche Art und Weise hergestellt worden seien, während man gleichzeitig an anderer Stelle mühsam um eine Verringerung des Spritverbrauchs und um CO_2-Einsparungen ringe. Man stehe mit dieser Position wieder einmal auf der Seite derer, die den Klimaschutz innerhalb der Europäischen Union verhindern wollten. Großbritannien und die Niederlande betrieben bei diesem Thema Lobbyarbeit für ihre Ölunternehmen. Wenn man nicht in allen Punkten mit dem vorliegenden Antrag übereinstimme, könne man einen eigenen Antrag vorlegen. Am 23. Februar 2012 werde die entscheidende Sitzung in Brüssel stattfinden. Wenn die Koalition bis dahin keine eigene Position finde, werde die Bundesrepublik Deutschland auf der entscheidenden Sitzung keine eigene Position vertreten können.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, man begrüße im Grundsatz die Überlegung der EU-Kommission, eine Differenzierung mit Blick auf die Emissionen über den gesamten Lebenszyklus hinweg vorzunehmen. Die bisher nicht abgestimmte Haltung der Bundesregierung liege insbesondere an der Problematik, dass die EU-Kommission bisher den Wünschen nach einem vereinfachten Berichterstattungssystem nicht Rechnung getragen habe. Wie die Berichterstattung der Mineralölwirtschaft an dieser Stelle ausgestaltet werden solle, sei bisher unklar. Sobald die Kommission diesbezüglich einen entsprechenden Regelungsvorschlag vorlege, werde zeitnah eine abgestimmte Position der Bundesregierung herbeigeführt werden können. Die Fraktion der SPD habe zu Recht darauf verwiesen, dass man die Klimaauswirkungen, insbesondere auch in einem Land im Blick haben müsse, dass sich nicht mehr dem Kyoto-Regime unterwerfen wolle. Der kanadischen Regierung müsse deutlich gemacht werden, welche Auswirkungen ihre Art von Klimapolitik habe. Sofern die EU-Kommission ein einfaches und transparentes Berichterstattungssystem vorsehe, sollte sie unterstützt werden.

Man habe diese Frage nach der ersten Diskussion im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit nochmals beraten. Die Fraktion der FDP sei der Auffassung, es sei richtig, die Mineralölprodukte nach den Lebenszyklustreibhausgasemissionen zu differenzieren. Leider sei es nicht möglich gewesen, einen Kompromiss mit der Fraktion der CDU/CSU zu finden. Da man an den Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP gebunden sei, müsse man den vorliegenden Antrag ablehnen. Das bedeute aber nicht, das man gegen dieses Anliegen sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, derartige Verfahren würden immer interessanter werden, weil das Öl knapper und teurer werde. Es seien damit erhebliche soziale und umweltpolitische Folgen verbunden. Im Bundesstaat Alberta seien bereits riesige Wald- und Moorflächen vernichtet worden. Nach Angaben der Umweltverbände seien bereits rund 80 000 km^2 Waldfläche vernichtet worden. Es gebe massive Eingriffe in den Wasserhaushalt. Mit dieser Technologie werde versucht, die durch den Ölverbrauch bestehenden Grenzen des Wachstums hinauszuschieben. „Peak-Oil“ sei das Stichwort. Man glaube, kohlenstoffbasierte Energiesysteme künstlich verlängern zu können. Dies gehe aber nicht zum Nulltarif. Soziale und ökologische Verwerfungen, Vertreibungen und andere Konflikte seien die Folge. Man werde nicht umhinkommen, die Fragen hinsichtlich der Grenzen des Wachstums zu stellen.

Man unterstütze den vorliegenden Antrag. Die auf diese Weise gewonnenen Kraftstoffe hätten eine bis zu drei Mal schlechtere CO_2-Bilanz. Berücksichtigt werden müssten die Treibhausgasemissionen über den gesamten Lebenszyklus. Das Verursacherprinzip gelte. Die Bundesregierung müsse jetzt tätig werden. Es gehe nicht nur um Kanada, sondern auch um andere Staaten. Der Großteil der Teersande solle erst in den kommenden Jahren gefördert werden, wenn die Technologie weiter vorangeschritten sei. Um dies zu verhindern, müsse man jetzt handeln. Es sei bedauerlich, dass man sich nicht fraktionsübergreifend hätte verständigen können. Dies wäre ein deutliches Signal gewesen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei drei Stimmenthaltungen aus der Fraktion der CDU/CSU, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/7956 abzulehnen.

Berlin, den 8. Februar 2012

Dr. Michael Paul
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Oliver Krischer
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333